

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 9/165 —

Bericht über die Förderung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen

A. Problem

Aus energiepolitischen Gründen ist es notwendig, den Einsatz von Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr nachdrücklich zu fördern.

B. Lösung

Die Bundesregierung berichtet über Förderungsmaßnahmen. Bei der Deutschen Bundespost werden seit 1981 Elektrofahrzeuge in der Paketzustellung erprobt.

Einmütige Kenntnisnahme

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Von dem Bericht — Drucksache 9/165 — wird Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, zum 30. Juni 1982 eine Fortschreibung des Berichtes vorzulegen, die
 - vor allem die gestiegenen Kraftstoffpreise berücksichtigt und in Alternativrechnungen die vergleichbaren Gesamtkosten für Elektrofahrzeuge vorlegt, die auf der Basis industrieller Großserien von mindestens 100 000 Stück pro Jahr zu ermitteln sind,
 - Ausführungen über die Entwicklung der Traktionsbatterien wie z. B. der Schwefel-Natrium-Batterie enthält und
 - unter wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Gesichtspunkten Hinweise über Förderungsmöglichkeiten enthält, die zu einem breiteren Einsatz von Elektrofahrzeugen führen.

Bonn, den 24. Juni 1981

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmrich	Pfeffermann
Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Pfeffermann

Der Bericht in Drucksache 9/165 wurde gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung durch Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 20. März 1981 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Wirtschaftsausschuß und dem Ausschuß für Forschung und Technologie zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. Juni 1981 beraten.

Der Bericht geht auf einen entsprechenden Antrag des Parlamentes in Drucksache 8/3584 zurück. Die Bundesregierung führt darin aus, daß für die Energieversorgung von Elektro-Straßenfahrzeugen keine grundsätzlichen technischen Probleme zu erwarten sind und daß die benötigte elektrische Traktionsenergie aus heimischen Energieträgern erzeugt werden kann. Der Anwendungsbereich von Elektrofahrzeugen werde allerdings derzeit durch das hohe Gewicht der im Einsatz befindlichen Blei-Säurebatterien und die damit verbundene geringe Reichweite der Fahrzeuge erheblich eingengt. Dennoch werde bei der Deutschen Bundespost und bei den Elektroversorgungsunternehmen der Einsatz derartiger Fahrzeuge unter verschiedenen Betriebsbedingungen praktisch erprobt.

Auf dem Batteriesektor sind technologische Weiter- und Neuentwicklungen notwendig, um die Energiedichte von Traktionsbatterien zu erhöhen. Der Verkehrsausschuß hat sich bei einem Besuch in Heidelberg daher zusätzlich über den Entwicklungsstand einer neuartigen Natrium-Schwefel-Batterie unterrichtet. Mit dieser Batterie soll mit einer Ladung eine Reichweite von 250 km erzielt werden und eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h möglich sein. Zur Zeit geht man von einer Lebensdauer von 200 000 km für diese Batterie aus; eine Schnellaufladung soll in 90 Minuten möglich sein. Damit wäre gewährleistet, daß ein Elektrofahrzeug sich in seinem Fahrverhalten dem übrigen Verkehr anpassen

kann und die Batterie eine Lebensdauer entsprechend dem übrigen Fahrzeug besitzt.

Der Verkehrsausschuß hält es für unbedingt erforderlich, die weiteren Entwicklungen auf dem Gebiete des Elektroantriebes von Straßenfahrzeugen durch Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern. Nur auf diese Weise wird es in einer weiteren Zukunft möglich sein, im Straßenverkehr in erheblichem Umfange elektrische Energie anstelle von Mineralöl einzusetzen und so die Abhängigkeit von Ölimporten auch auf diesem Wege zu verringern.

Der Forschungsausschuß hat im Wege der Mitberatung den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Er unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen weiter zu verbessern. Es sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, um breitere Einsatzmöglichkeiten für derartige Fahrzeuge zu finden.

Der Wirtschaftsausschuß hat den Bericht ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen. Wie der Forschungsausschuß unterstützt er die Bemühungen der Bundesregierung — insbesondere solche zur Verbesserung von Traktionsbatterien —, die darauf hinzielen, Leistung und Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen durch Unterstützung entsprechender Vorhaben weiter zu fördern. Der Wirtschaftsausschuß stellt darüber hinaus fest: Im Mittelpunkt sollte hierbei die Entwicklung von Elektroautos und -bussen mit Hybridantrieb für den Nahverkehr stehen. Die Bundesregierung sollte aufgefordert werden, im Hinblick auf die zwischenzeitlich erheblich gestiegenen Kraftstoffpreise ihren Bericht zu aktualisieren und in Alternativrechnungen die vergleichbaren Gesamtkosten für Elektrofahrzeuge vorzulegen, die auf der Basis industrieller Großserien von mindestens 100 000 Stück pro Jahr zu ermitteln sind.

Bonn, den 24. Juni 1981

Pfeffermann

Berichterstatte

